

Niederschrift über die 19. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

Sitzung am: Dienstag, den 19.05.2026
Sitzungsort: im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 19:20 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates der Stadt Plauen sind 34 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Steffen Zenner

<u>Stimmberechtigtes Mitglied</u>	<u>Stimmberechtigtes Mitglied</u>	<u>Stimmberechtigtes Mitglied</u>
Daniel Beegen	Ronny Hering	Petra Rank
Heike Bertram	Christian Hermann	Thomas Salzmann
Dieter Blechschmidt	Sebastian Heydel	Georg Schatzberg
Belinda Eißmann	Eric Holtschke	Tim Schuster
Cornelia Erhardt	Christian Kellner	Maik Schwarz
Frank Erhardt	Kerstin Knabe	Diana Simon
Sven Gerbeth	Prof. Dr. Lutz Kowalzik	Nick Simon
Stefan Golle	Maik Kühn	Bernd Stubenrauch
Yvonne Gruber	Lars Legath	Stephan Uhlig
Claudia Hänsel	Steffi Liedtke	Mary Wachsmuth
Jens Heinritz	Michael Petzold	Diana Zierold

Zeitweise Anwesende

Zeitweise anwesend sind 3 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

<u>Stimmberechtigtes Mitglied</u>	<u>während TOP</u>
Ingo Eckardt	zeitweise anwesend von TOP 1.5 bis TOP 2.16
Lars Gruber	zeitweise anwesend ab TOP 2.9
Rico Kusche	zeitweise anwesend von TOP 2.3 bis TOP 2.13

Abwesende:

Abwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen.

<u>Stimmberechtigtes Mitglied</u>	<u>Abwesenheitsgrund</u>
Helmar Gerisch	entschuldigt
Alexandra Glied	entschuldigt
Monika Mühle	entschuldigt
Jörg Schmidt	entschuldigt
Mathias Weiser	entschuldigt
Max-Dominik Windisch	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name

Tobias Kämpf
Peggy Hein
Martin Scheibner
Sascha Giller
Kerstin Karch
Carola Blume-Brake
Sebastian Barg
Antje Kubon

Funktion

Bürgermeister Geschäftsbereich I
Fachdienstleiter für das Finanzwesen
Leiter Rechnungsprüfungsamt
Justizariat
Leiterin Kulturbetrieb Plauen
Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung
Sachbearbeiter Medien und Öffentlichkeitsarbeit
Sachbearbeiterin Büro Oberbürgermeister

Anwesenheit

zu allen TOP
zu allen TOP
zu allen TOP
zu allen TOP
öffentlicher Teil
zu allen TOP
zu allen TOP
zu allen TOP

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Kerstin Karch	Leiterin Kulturbetrieb der Stadt Plauen	öffentlicher Teil
Jörg Leitz	Leiter Vogtlandkonservatorium	bis TOP 2.9
Harald Haupt	Leiter Fachbereich Städt. Bauaufgaben, Bewirtschaftung	zu allen TOP
Markus Löffler	Leiter Fachbereich Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Nadja Friedländer-Schmidt	Leiterin Fachbereich Bürgerservice	zu allen TOP
Eric Hoffmann	Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport	öffentlicher Teil
Eckardt Sorger	Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing	bis TOP 2.11
Martin Gabriel	Leiter Fachgebiet Polizeibehörde	öffentlicher Teil
Marcel Uebel	Leiter Fachgebiet Stadtwirtschaft	öffentlicher Teil
Steffen Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Alexander Stempel	Wirtschaftsförderung	zu allen TOP
Florian Schinnerling	Wirtschaftsförderung	öffentlicher Teil
Heidi Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	öffentlicher Teil
Bianca Aurich	Leiterin Kommunale Statistikstelle	öffentlicher Teil
Martin Rink	Sachbearbeiter Bauleitplanung	bis TOP 2.12
Marcel Fröbisch	Personalrat	zu allen TOP
Lars Buchmann	Personalrat	zu allen TOP

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Gabriele Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Elke Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht	zu allen TOP
Heike Pietschmann, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen	zu allen TOP
Steffen Arlt, AfD-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

TOP 1	Eröffnung der Sitzung
TOP 1.1	Feststellung der Beschlussfähigkeit
TOP 1.2	Tagesordnung
TOP 1.3	Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.03.2026
TOP 1.4	Beantwortung von Anfragen
TOP 1.5	Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 21.04.2026
TOP 1.6	Informationen des Oberbürgermeisters
TOP 2	Beschlussfassung
TOP 2.1	Änderung zum Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat und seine Ausschüsse BSV-306/2026
TOP 2.2	Änderung zum Sitzungskalender 2026 Verschiebung bzw. Zusammenlegung Ausschüsse BSV-321/2026
TOP 2.3	Feststellung des Jahresabschlusses 2024 BSV-313/2026
TOP 2.4	Annahme des Überschusses der Liquidation von zweckgebundenen Vereinsvermögen BSV-319/2026
TOP 2.5	3. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am 06.12.2026 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz BSV-300/2026
TOP 2.6	4. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am 20.12.2026 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz BSV-301/2026

- TOP 2.7 Anpassung des qualifizierten Mietspiegels
BSV-303/2026
- TOP 2.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen
BSV-302/2026
- TOP 2.9 Satzung zur 8. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandkonservatorium „Clara Wieck“ Plauen (Gebührensatzung Vogtlandkonservatorium – GebSVoKo)
BSV-310/2026
- TOP 2.10 Vertrag zwischen Stadt Plauen und Dachverband Stadtmarketing Plauen e.V. (DVS) (Spitzenfest und Bezuschussung DVS)
BSV-305/2026
- TOP 2.11 Festsetzung der Standgebühren zum Tag der Sachsen 2027
BSV-311/2026
- TOP 2.12 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ - Abwägungsbeschluss
BSV-315/2026
- TOP 2.13 Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für Deckensanierungen Straßen
BSV-288/2026
- TOP 2.14 Antrag der CDU-Fraktion - Harmonisierung der Grünpflege in den Ortsteilen
Reg.-Nr. 110-26 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 2.15 Antrag OV Jößnitz Herr Kellner - Harmonisierung der Grünpflege in den Ortsteilen
Reg.-Nr. 115-26 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 2.16 Antrag OV Jößnitz Herr Kellner -Sanierung Feuerwehrgerätehaus Steinsdorf
Reg.-Nr. 64-25 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 2.17 Antrag (Änderungsantrag zu Reg.-Nr. 104-26) der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken!
Reg.-Nr. 118-26 - Stellungnahme der Verwaltung
- TOP 3 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1 Eröffnung der Sitzung

Die 19.Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung von Oberbürgermeister Steffen Zenner eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 Absatz 1 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Stadträtin Mary Wachsmuth, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, und Stadtrat Daniel Beegen, AfD-Fraktion, bestellt.

1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit des Stadtrats der Stadt Plauen mit 34 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates (einschließlich Oberbürgermeister) gewährleistet ist.

1.2 Tagesordnung

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, beantragt in seiner Funktion als Ortsvorsteher des Ortsteiles Jößnitz, die Tagesordnungspunkte 2.14 und 2.15, welche sich beide mit der Harmonisierung der Grünpflege in den Ortsteilen befassen, gemeinsam zu beraten. Er begründet seinen Vorschlag damit, dass die Anträge inhaltlich gleichlautend seien und somit eine gemeinsame Behandlung sinnvoll erscheine.

Stadtrat Michael Petzold, Vorsitzender der CDU-Fraktion, stimmt diesem Vorschlag zu.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass es keine gegenteilige Meinung zu diesem Vorschlag gibt, so dass die Tagesordnungspunkte 2.14 und 2.15 gemeinsam behandelt werden können.

1.3 Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.03.2026

Oberbürgermeister Zenner stellt mit Zustimmung der Mitglieder des Stadtrates der Stadt Plauen die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 17.03.2026 fest.

1.4 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung.

1.5 Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 21.04.2026

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat die Verwaltung damit beauftragt, Maßnahmen zur möglichen Einsparung von Haushaltsmitteln zu prüfen.

1.6 Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass es am 08.05.2026 gelungen sei, eine Hochschulallianz zwischen der Stadt Plauen, dem Freistaat Sachsen, der Dualen Hochschule und dem KI-Institut unter der Leitung von Reiner Gläß abzuschließen. Diese Allianz ermögliche es erstmals, im Bereich der Künstlichen Intelligenz nicht nur Lehre, sondern auch Forschung durchzuführen. Er erwähnt zudem, dass die Universität Dresden am selben Tag Interesse an einer ähnlichen Allianz bekundet habe, was die Bedeutung dieses Schrittes unterstreichen würde.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass am 19.06.2026 das 65. Plauener Spitzenfest stattfinden wird, welches mit dem 30-jährigen Jubiläum des Vogtlandkreises kombiniert werden soll. Er hebt hervor, dass an diesem Wochenende ebenfalls das 25-jährige Bestehen des Dachverbandes Stadtmarketing gefeiert werde. In diesem Zusammenhang begrüßt Oberbürgermeister Zenner die Vertreter des Dachverbandes Stadtmarketing, Frau Lena Schaller und Herrn Thomas Münzer.

Abschließend weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass am 26.06.2026 die „Nacht der Museen“ stattfinden werde. Er empfiehlt, frühzeitig im Vorverkauf die Eintrittskarten zu erwerben, um von einem Preisvorteil zu profitieren.

2 Beschlussfassung

2.1 Änderung zum Sitzungskalender 2026 für den Stadtrat und seine Ausschüsse BSV-306/2026

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt folgende Änderung des Sitzungskalenders 2026:

Die Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 23.06.2026 wird auf Dienstag, den 30.06.2026 verschoben. Ort und Zeit der Sitzung bleiben unverändert.

**Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-1**

2.2 Änderung zum Sitzungskalender 2026 Verschiebung bzw. Zusammenlegung Ausschüsse BSV-321/2026

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt folgende Änderungen zum Sitzungskalender 2026:

1. Die Sitzung des Wirtschaftsförderungsausschusses vom 01.06.2026 wird auf den 08.06.2026 verschoben. Es findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Stadtbau- und Umweltausschuss statt.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-2

2. Die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 10.06.2026 wird auf den 11.06.2026 verschoben. Es findet eine gemeinsame Sitzung mit dem Finanzausschuss statt.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-3

2.3 Feststellung des Jahresabschlusses 2024 BSV-313/2026

Oberbürgermeister Zenner betont, dass die Stadt Plauen eine der wenigen Kommunen sei, die in der Lage ist, einen Jahresabschluss so zeitnah vorzulegen. Dies sei insbesondere im Hinblick auf den Finanzausgleich und andere Ausgleichsverfahren von großer Bedeutung

Herr Martin Scheibner, Leiter Rechnungsprüfungsamt, erläutert anhand einer Präsentation den Inhalt der Vorlage.

Herr Scheibner stellt fest, dass die Prüfung des Jahresabschlusses 2024 zu keinen nennenswerten Einwendungen geführt habe. Der Jahresabschluss vermittele ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Plauen. Der Rechenschaftsbericht entspreche den gesetzlichen Anforderungen und stehe im Einklang mit dem Jahresabschluss. Auf dieser Grundlage sei ein uneingeschränkter Prüfungsvermerk erteilt worden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, hebt hervor, dass die zeitnahe Vorlage des Jahresabschlusses eine bemerkenswerte Leistung sei und ein gutes Bild des Ergebnisses vermittele. Er merkt an, dass der Jahresabschluss sowohl für 2023 als auch für 2024 deutlich besser ausgefallen sei als ursprünglich geplant. Während für 2023 ein Verlust von 6 Mio. EUR vorgesehen gewesen sei, habe man tatsächlich einen Überschuss von 6 Mio. EUR erzielt. Für 2024 habe man einen Überschuss von 4 Mio. EUR erreicht. Insgesamt sei das Ergebnis beider Jahre um 22 Mio. EUR besser als erwartet.

Stadtrat Hermann führt weiter aus, dass die Gewerbesteuererinnahmen einen wesentlichen Beitrag zu diesem positiven Ergebnis geleistet hätten. Zudem sei der kommunale Zuschussbedarf für die Kitas in beiden Jahren um über 4 Mio. EUR niedriger ausgefallen als im Haushaltsplan vorgesehen. Er verweist darauf, dass diese Einsparungen möglicherweise Einfluss auf die Entscheidung zur Erhöhung der Kita-Elternbeiträge im Dezember 2024 gehabt hätten, wenn sie den Stadträten zu diesem Zeitpunkt bekannt gewesen wären.

Stadtrat Hermann kritisiert, dass die Entscheidung zur Erhöhung der Elternbeiträge möglicherweise voreilig getroffen worden sei, ohne die Gesamtsituation der städtischen Finanzen ausreichend zu berücksichtigen.

Stadtrat Hermann weist darauf hin, dass zum 01.01.2025 liquide Mittel in Höhe von 51 Mio. EUR zur Verfügung gestanden hätten, während im Haushaltsplan lediglich 33 Mio. EUR ausgewiesen worden seien. Er gibt zu bedenken, dass diese Diskrepanz von 18 Mio. EUR möglicherweise zu anderen Entscheidungen im Stadtrat geführt hätte, wenn sie rechtzeitig bekannt gewesen wäre.

Stadtrat Hermann lobt, dass es gelungen sei, in den Jahren 2023 und 2024 keine neuen Schulden aufzunehmen und stattdessen Schulden in Höhe von 3,5 Mio. EUR zu tilgen. Er fragt nach, ob die für 2025 und 2026 vorgesehenen Kreditemächtigungen in Höhe von 7 Mio. EUR tatsächlich in Anspruch genommen werden müssten oder ob angesichts der hohen Liquiditätsbestände eine Zurückstellung möglich sei.

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert, dass die Kreditemächtigungen für 2025 und 2026 weiterhin benötigt würden, da diese für geplante Baumaßnahmen vorgesehen seien.

Sie erklärt, dass der höhere Liquiditätsbestand auf gestiegene Steuereinnahmen zurückzuführen sei, aus denen jedoch auch die erhöhte Kreisumlage in Höhe von jeweils 3,4 Mio. EUR pro Jahr finanziert werden müsse. Sie betont, dass die Baumaßnahmen, die derzeit aufgeschoben würden, in Zukunft umgesetzt werden müssten und hierfür die entsprechenden Mittel erforderlich seien. Ein Verzicht auf die Kredite sei daher nicht möglich.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2024 der Stadt Plauen mit seinen Bestandteilen und Anlagen fest und nimmt den mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehenen Schlussbericht über die örtliche Prüfung des Haushaltsjahres 2024 zur Kenntnis.

Der Jahresabschluss 2024 wird mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

- einer Bilanzsumme von	704.489.663,64 EUR
- einem Basiskapital von	324.115.506,42 EUR
- einem Endbestand von liquiden Mitteln (Vermögensrechnung)	51.496.702,03 EUR
- einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis von	4.301.893,23 EUR
- einem Überschuss im Sonderergebnis von	418.223,74 EUR
- einem Überschuss im Gesamtergebnis von (Ergebnisrechnung)	4.720.116,97 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit von	11.038.022,15 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit von	- 283.069,08 EUR
- einem Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit von	150.308,98 EUR
- einer Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln von (Finanzrechnung)	11.861.168,46 EUR

Das sich nach Verrechnung eines Fehlbetrags im ordentlichen Ergebnis gemäß § 24 Abs. 2 SächsKomHVO in Höhe von 261.080,86 EUR ergebende Gesamtergebnis in Höhe von 4.981.197,83 EUR wird in Höhe von 4.562.974,09 EUR in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses und in Höhe von 418.223,74 EUR in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses eingestellt.

Zudem wird gemäß § 24 Abs. 3 Satz 2 SächsKomHVO ein Betrag in Höhe von 1.272.949,16 EUR vom Basiskapital in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses übertragen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-4

**2.4 Annahme des Überschusses der Liquidation von zweckgebundenen Vereinsvermögen
BSV-319/2026**

Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Annahme des Vereinsvermögens des Kampfsportverein Vogtland e.V. in Liquidation sowie dessen Rücklage und Verwendung für Aufwendungen der Sportförderung (Produktnummer 421000).

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-5

**2.5 3. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage anlässlich der
„Plauener Weihnacht“ am 06.12.2026 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz
BSV-300/2026**

Herr Florian Schinnerling, Sachbearbeiter Wirtschaftsförderung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Die Träger öffentlicher Belange wurden um Stellungnahmen gebeten. Es lagen zwei positive Stellungnahmen von der Industrie- und Handelskammer Chemnitz sowie vom Handelsverband Sachsen vor. Die Gewerkschaft Verdi und die Kirchgemeinden hätten keine Stellungnahme abgegeben.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 3. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2026 nach § 8 Absatz 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am Sonntag, dem 06.12.2026, begrenzt auf ausgewählte Straßenzüge in den Bereichen Einkaufsinnenstadt und Rosa-Luxemburg-Platz (Anlagen 1 bis 2).

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 19/26-6

2.6 4. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am 20.12.2026 nach § 8 Abs. 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz BSV-301/2026

Herr Florian Schinnerling, Sachbearbeiter Wirtschaftsförderung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Die Träger öffentlicher Belange wurden um Stellungnahmen gebeten. Es lägen zwei positive Stellungnahmen von der Industrie- und Handelskammer Chemnitz sowie vom Handelsverband Sachsen vor. Die Gewerkschaft Verdi und die Kirchgemeinden hätten keine Stellungnahme abgegeben

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die 4. Rechtsverordnung der Stadt Plauen über die verkaufsoffenen Sonntage im Jahr 2026 nach § 8 Absatz 1 Sächsisches Ladenöffnungsgesetz anlässlich der „Plauener Weihnacht“ am Sonntag, dem 20.12.2026, begrenzt auf ausgewählte Straßenzüge in den Bereichen Einkaufsinnenstadt und Rosa-Luxemburg-Platz (Anlagen 1 bis 2).

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 19/26-7

**2.7 Anpassung des qualifizierten Mietspiegels
BSV-303/2026**

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Anpassung des qualifizierten Mietspiegels.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 19/26-8

**2.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2023 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen
BSV-302/2026**

Frau Kerstin Karch, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Sie informiert unter anderem, dass der Kulturbetrieb bei der zeitlichen Abarbeitung der Jahresabschlüsse noch hinter der Stadt Plauen läge. Man könne den Rückstand jedoch noch im laufenden Jahr aufholen. Der Jahresabschluss 2024 liege bereits beim Wirtschaftsprüfer, der Jahresabschluss 2025 befinde sich in der Endphase der Erarbeitung.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, merkt an, dass bei Durchsicht des Berichts des Rechnungsprüfungsamtes der Eindruck entstünde, dass die Lage des Kulturbetriebes nicht uneingeschränkt positiv zu bewerten sei. Es würden zahlreiche Einzelpunkte im Prüfbericht aufgeführt, bei denen nach seiner Auffassung genau zu überlegen sei, ob der Betriebsleitung für das betreffende Jahr Entlastung erteilt werden könne. Stadtrat Legath verweist hierzu auf Seite 17 des Berichts.

Weiterhin verweist er auf Seite 10 des Berichts, wonach die Inventur für das Jahr 2022 zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht abgeschlossen gewesen sei, und bewertet auch diesen Umstand als kritisch.

Stadtrat Legath fragt nach, ob die Rechnungslegung für die Jahre 2024, 2025 und 2026 inzwischen entsprechend den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes angeglichen worden sei und ob nicht verrechnete Vergütungen der Stadt Plauen inzwischen berücksichtigt beziehungsweise angepasst wurden.

Frau Karch erläutert, dass es sich bei den angesprochenen Vergütungen um die Leistungsverrechnung mit der Stadt Plauen handelt. An diesem Themenfeld werde seit einigen Jahren intensiv gearbeitet.

Der Kulturbetrieb könne nur diejenigen Leistungen bezahlen, die ihm tatsächlich in Rechnung gestellt würden. Deshalb werde gemeinsam mit den Abteilungen der Stadt Plauen daran gearbeitet, sukzessive sämtliche Leistungen in die Abrechnung einzubeziehen. Dies sei auch mit dem Rechnungsprüfungsamt besprochen worden. Hierfür sei auf Seiten der Abteilungen im Rathaus eine entsprechende Aufzeichnungs- und Dokumentationspflicht erforderlich, damit korrekte Rechnungen erstellt werden könnten.

Hinsichtlich des Wertaufhellungszeitraums führt Frau Karch aus, dass die Abweichungen im Wesentlichen damit zusammenhängen, dass sowohl der Kulturbetrieb als auch die Stadt Plauen ihren Rechnungsabschluss jeweils zum 31.12. eines Jahres erstellen, jedoch häufig unterschiedliche Zeiträume bestünden, bis zu denen Rechnungen noch verbucht werden könnten. Da zu einem bestimmten Zeitpunkt mit der Erstellung des Jahresabschlusses begonnen werden müsse und dieser sehr umfangreich sei, ergäben sich diese Unterschiede.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen stellt den Jahresabschluss 2023 des Kulturbetriebes der Stadt Plauen fest.

1. Der Jahresüberschuss des Kulturbetriebes der Stadt Plauen in Höhe von 338.142,64 EUR wird zur Tilgung des Verlustvortrages 2022 verwendet.
2. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen; 12 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 19/26-9

2.9 Satzung zur 8. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandkonservatorium „Clara Wieck“ Plauen (Gebührensatzung Vogtlandkonservatorium – GebSVoKo) BSV-310/2026

Herr Jörg Leitz, Direktor des Vogtlandkonservatoriums „Clara Wieck“, erläutert den Inhalt der Vorlage. Er hebt unter anderem hervor, dass das Vogtlandkonservatorium ein Aushängeschild der Stadt Plauen sei, da es in einer außergewöhnlichen Breite wirke und Angebote vom Kleinkindalter bis ins Erwachsenenalter vorhalte. Außerdem vertrete das Vogtlandkonservatorium die Stadt Plauen erfolgreich bei verschiedenen Wettbewerben und Veranstaltungen. Zudem betont Herr Leitz die große Bedeutung der frühkindlichen musikalischen Bildung.

Herr Leitz stellt anhand einer Präsentation das Vogtlandkonservatorium „Clara Wieck“ vor und erläutert verschiedene Unterrichtsangebote, Zahlen und Fakten, Kooperationen, Veranstaltungen, Erfolge sowie den Vorschlag zur Änderung der Gebührensatzung. Er informiert, dass die Satzungsänderung mit der Elternvertretung des Vogtlandkonservatoriums abgestimmt worden sei. Die Elternvertretung habe sich auf die Variante 2 des vorliegenden Beschlussvorschlages geeinigt. Die Betriebsleitung des Kulturbetriebs würde ebenfalls die Variante 2 empfehlen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion die Variante 2 des vorliegenden Beschlussvorschlages unterstützen würde. Er erwähnt positiv, dass das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ fortgeführt werden könne, nachdem die Finanzierung vor zwei Jahren zunächst nicht gesichert gewesen sei.

Stadtrat Daniel Beegen, AfD-Fraktion, erklärt, dass sich seine Fraktion bei der Vorberatung im Ausschuss zunächst für die günstigere Variante 2 ausgesprochen habe. Innerhalb der Fraktion wurde dann jedoch entschieden, einer Erhöhung der Gebührensatzung nicht zuzustimmen. Zwar sei der Vorlage ein nachvollziehbarer Vorschlag zu entnehmen, gleichwohl werde das Angebot des Konservatoriums als unmittelbares Bildungsangebot bewertet, das Werte wie Kunstverständnis, Teamfähigkeit, Beharrlichkeit und Gemeinschaftsgefühl vermittele. Angesichts zahlreicher Kostensteigerungen bei städtischen Vorhaben halte die AfD-Fraktion eine Einsparung von 5.000 bis 10.000 EUR nicht für zielführend, wenn hiervon insbesondere Familien betroffen seien.

Oberbürgermeister Zenner entgegnet, es gehe auch darum, den Rhythmus der Anpassungen beizubehalten, da es ungerecht wäre, mehrere Jahre keine Anpassung vorzunehmen und später größere Nachholungen vornehmen zu müssen. Nach Auffassung der Verwaltung sollten die Nutzer der Einrichtung regelmäßig an den Kosten beteiligt werden. Politisch könne zwar auf eine Erhöhung verzichtet werden; zugleich müsse man aber berücksichtigen, dass Angebote andernfalls gegebenenfalls nicht mehr finanzierbar seien.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, führt aus, dass ein Verzicht auf die Erhöhung zwar wünschenswert wäre, jedoch müssten fehlende beziehungsweise nicht steigende Zuschüsse des Landes, der fehlende Sitzgemeindeanteil sowie allgemein gestiegene Kosten zu berücksichtigt werden.

Auch die Fraktion Die Linke/Grüne hätte die Preise gern beibehalten, habe sich jedoch für Variante 2 entschieden.

Stadträtin Rank weist zudem darauf hin, dass mit jeder Erhöhung die Gefahr steigen würde, dass mehr Personen eine Ermäßigung beantragen müssten, und fragt nach den Auswirkungen auf Erwachsene.

Herr Leitz antwortet, dass die Sozialermäßigung auch für Erwachsene gelten würde.

Stadtrat Rico Kusche, SPD/Initiative-Fraktion, würdigt die Arbeit des Vogtlandkonservatoriums und führt aus, dass mit den Gebühren nicht nur die Unterrichtsstunden, sondern auch der Theorieunterricht sowie zahlreiche Gruppenangebote abgegolten würden. Zwar handele es sich um viel Geld, dieses sei aus seiner Sicht jedoch gerechtfertigt.

Die SPD/Initiative-Fraktion spricht sich ebenfalls für die Variante 2 des Beschlussvorschlages aus.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 8. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandkonservatorium „Clara Wieck“ Plauen (Gebührensatzung Vogtlandkonservatorium - GebSVoKo) gemäß den Anlagen 1a und 1b (Variante 1)

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 34 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 19/26-10

Die Variante 1 wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Satzung zur 8. Änderung der Gebührensatzung für das Vogtlandkonservatorium „Clara Wieck“ Plauen (Gebührensatzung Vogtlandkonservatorium - GebSVoKo) gemäß den Anlagen 1a und 1c (Variante 2).

Abstimmungsergebnis: 25 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 19/26-11

2.10 Vertrag zwischen Stadt Plauen und Dachverband Stadtmarketing Plauen e.V. (DVS) (Spitzenfest und Bezuschussung DVS) BSV-305/2026

Oberbürgermeister Zenner hebt die Bedeutung des Dachverbands Stadtmarketing für die Stadt Plauen hervor. Er betont, dass der Verband eine zentrale Rolle dabei spiele, Wirtschaft, Vereine und Bürgerschaft zu vereinen, um den Austausch und die Zusammenarbeit zu fördern.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass der Spitzenfestverein bisher die Organisation des Spitzenfests übernommen habe und dabei Außerordentliches im Ehrenamt geleistet wurde. Da es immer schwieriger sei, ehrenamtliche Positionen nachzubesetzen, könne der organisatorischen Aufwand für das Spitzenfest nur noch mit großem Aufwand bewältigt werden. Daher wolle man auf die Expertise des Dachverbands Stadtmarketing zurückgreifen und dies in einem neuen Vertragswerk festhalten.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, ergänzt, dass viele Punkte des ausgearbeiteten Vertrages bereits in der Vergangenheit gelebte Praxis gewesen seien und nun schriftlich fixiert würden.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass sich der Dachverband Stadtmarketing seit über 25 Jahren für die positive Entwicklung und Wahrnehmung der Stadt Plauen einsetze. Er begrüßt an dieser Stelle Herrn Thomas Münzer, Vorsitzender des Dachverbandes Stadtmarketing, sowie Frau Lena Schaller, Geschäftsführerin des Dachverbandes Stadtmarketing.

Bürgermeister Kämpf weist darauf hin, dass sich die Mitgliederzahl des Dachverbandes Stadtmarketing seit 2020 von 80 auf über 150 Mitglieder nahezu verdoppelt habe. Er bedankt sich ausdrücklich bei Herrn Münzer für dessen maßgeblichen Beitrag zu dieser Entwicklung.

Bürgermeister Kämpf stellt eine Reihe von Projekten vor, die entweder in Zusammenarbeit mit der Stadt Plauen, oder eigenständig mit Unterstützung der Mitglieder des Dachverbandes durchgeführt wurden und auch weiterhin durchgeführt werden sollen (z. B. Frühjahrsputz, Erlebnisspielzeugkisten, Plauener Eisbahn, Begrüßungsgutscheinhefte für neu zugezogene Bürgerinnen und Bürger der Stadt). Ein besonderer Schwerpunkt liege zudem auf der Organisation des Plauener Spitzenfests, welches über viele Jahre hinweg maßgeblich vom Dachverband Stadtmarketing unterstützt wurde.

Bürgermeister Kämpf führt aus, dass der Dachverband Stadtmarketing zunehmend Verantwortung und operative Aufgaben in diesem Bereich übernommen habe. Zukünftig solle die Organisation des Spitzenfests vollständig durch den Dachverband Stadtmarketing erfolgen.

Derzeit erhalte der Dachverband Stadtmarketing eine finanzielle Unterstützung durch die Stadt Plauen in Höhe von ca. 60.000 EUR.

Diese Summe setzt sich wie folgt zusammen:

- 20.000 EUR für die Kernaufgaben des Dachverbandes,
- 20.000 EUR für Projektförderung,
- 15.950 EUR (bisher für den Spitzenfestverein)

Im Rahmen eines neuen Vertrags würden diese Beträge gebündelt und geringfügig um 2.450 EUR erhöht.

Bürgermeister Kämpf weist darauf hin, dass die gestiegenen Kosten, insbesondere durch allgemeine Lohnkostensteigerungen sowie erhöhte Aufwendungen für Sicherheit, Security und das Bühnenprogramm, zu einer erheblichen Kostensteigerung für das Spitzenfest führen.

Er hebt hervor, dass Herr Münzer durch die Einwerbung von Sponsoren maßgeblich dazu beigetragen habe, diese Kostensteigerungen zu kompensieren.

Neu im vorliegenden Vertrag sei die Planungssicherheit für die kommenden vier Jahre.

Zudem werde die Nutzung und Weiterentwicklung des gemeinsamen Corporate Identity (CI), für das Plauener Spitzenfest sowie die aktive Mitarbeit des Dachverbandes beim Tag der Sachsen geregelt.

Bürgermeister Kämpf erinnert an dieser Stelle an die Absage des Plauener Spitzenfestes vor über zwei Jahren aufgrund einer Unwettersituation, die zu erheblichen Einnahmeausfällen und zusätzlichen Kosten geführt habe. Um solche Risiken künftig zu minimieren, sei vorgesehen, eine Versicherung abzuschließen, was nach der Vertragsunterzeichnung umgesetzt werde.

Ein weiterer Punkt, den Bürgermeister Kämpf anspricht, betrifft die Bereitstellung von Räumlichkeiten im Rathaus. Aufgrund der Erweiterung der Tourist-Information habe ein kurzfristiger Auszug der Mitarbeiter des Dachverbandes Stadtmarketing stattfinden müssen.

Es bestünde jedoch die Möglichkeit, im ehemaligen Spitzenmuseum, insbesondere im Kassenraum, neue Räumlichkeiten zu nutzen, wodurch eine engere Anbindung an die Stadtverwaltung Plauen gewährleistet werden könne.

Ab wann der Mietvertrag beginnen soll, sei noch nicht festgelegt worden, da dies von der Verfügbarkeit der Räume und dem Zeitpunkt des Umzugs abhängt. Nach Vertragsabschluss werde ein entsprechender Termin vereinbart.

Abschließend betont Bürgermeister Kämpf, dass der Vertrag dazu beitrage, Planungssicherheit zu schaffen, Risiken zu reduzieren und die Zusammenarbeit zwischen dem Dachverband Stadtmarketing und der Stadtverwaltung Plauen zu stärken.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich beim Spitzenfestverein für die geleistete Arbeit und hebt hervor, dass es gelungen sei, jedes Jahr ein anspruchsvolles Plauener Spitzenfest zu organisieren. Sein Dank gelte auch den Sponsoren, die das städtische Spitzenfest ermöglichten, sowie allen Mitwirkenden der vergangenen Jahre.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, führt aus, dass der vorliegende Vertrag zwei wesentliche Aspekte regeln würde, die Durchführung des Plauener Spitzenfestes und die finanzielle Absicherung dieser Veranstaltung. Er betont, dass die detaillierte Klärung, beispielsweise durch die abzuschließende Versicherung und das Corporate Identity (CI), positiv sei und keine Probleme bereite. Jedoch kritisiert Stadtrat Legath, dass die vertragliche Festschreibung von 60.000 EUR für die Kernaufgaben des Dachverbandes Stadtmarketing nicht ausreichend begründet sei. Er bittet um eine klare und deutliche Erklärung, warum von der bisherigen, funktionierenden Regelung abgewichen werde.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass der Hauptteil des Vertrages sich auf die Absicherung und Planungssicherheit des Plauener Spitzenfestes konzentriere. Gleichzeitig seien jedoch auch weitere Aspekte, wie die zukünftige Nutzung von Räumlichkeiten durch den Dachverband Stadtmarketing, im Vertrag geregelt. Es sei wichtig, alle finanziellen Mittel, die dem Dachverband Stadtmarketing zukommen, in einer Vorlage zu bündeln. Dies diene der Schaffung von Struktur und Transparenz, sodass klar ersichtlich wird, welche Leistungen der Dachverband Stadtmarketing erbringen soll und welche Mittel ihm dafür zur Verfügung gestellt würden.

Bürgermeister Kämpf betont, dass diese Vorgehensweise in der Vergangenheit erfolgreich gewesen sei und Transparenz für alle Beteiligten gewährleistet habe.

Abschließend führt Oberbürgermeister Zenner aus, dass die organisatorische Umsetzung des Plauener Spitzenfestes durch den Dachverband Stadtmarketing auf einem sehr hohen Niveau erfolge. Er wünscht allen Beteiligten eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Abschluss des Vertrages zur Durchführung des Spitzenfestes in Plauen (Anlage 1 der Beschlussvorlage).

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen; 9 Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 19/26-13

2.11 Festsetzung der Standgebühren zum Tag der Sachsen 2027 BSV-311/2026

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die Vorbereitungen für den Tag der Sachsen gut angelaufen seien. Verschiedene Arbeitsgruppen tagen regelmäßig. Planungssicherheit für Standbetreiber, Aussteller und Werbende sei erforderlich.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass es aufgrund der Vorberatung im Finanzausschuss noch Änderungen an der Beschlussvorlage gegeben habe. Diese Änderungen seien zwar im Ratsinformationssystem session elektronisch eingetragen, aber bisher noch nicht in Papierform ausgereicht worden. Die Ausreichung der Papierunterlagen ist erst zu Beginn dieses Tagesordnungspunktes geschehen. Die vorgenommen marginalen Änderungen würden im Anschluss durch Herrn Sorger erläutert.

Oberbürgermeister Zenner fragt nach, ob sich die Mitglieder des Stadtrates in der Lage fühlen, mit der soeben ausgereichten Anlage und den angekündigten Erläuterungen trotzdem heute über diese Beschlussvorlage abstimmen zu können. Ansonsten müsste die Beschlussfassung auf die nächste Stadtratssitzung verschoben werden.

Herr Eckhard Sorger, Leiter Tourismus, Marktwesen, Stadtmarketing, informiert, dass die Entgelte auf der Grundlage früherer Tage der Sachsen, im Austausch mit der beratenden Agentur und im Vergleich mit eigenen Stadtfesten vorgeschlagen worden seien. Sie dürften einerseits nicht zu hoch sein, müssten andererseits aber Einnahmen sichern. Formal habe man sich statt für Gebühren für privatrechtliche Verträge entschieden; deshalb seien Titel und Beschlussvorschlag auf „Entgelte“ geändert worden.

Änderung im Titel der Vorlage

Festsetzung der ~~Standgebühren~~ **Entgelte** zum Tag der Sachsen 2027

Änderung im Beschlussvorschlag der Vorlage:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die ~~Standgebühren~~ **Entgelte** zum Tag der Sachsen 2027 (Anlage 1).

Herr Sorger führt weiter aus, dass in der Tabelle (Anlage zur Vorlage) unter „1. Gewerbetreibende“ **eine dritte Spalte „fliegende Händler pro Person“** ergänzt wurde. Vorgeschlagen würden für fliegende Händler im Imbissbereich 350 EUR, für normale Händler 150 EUR, für Kunsthandwerker 75 EUR sowie für Eis- und Süßwaren 200 EUR.

Zudem seien **„2. Promotionstände / Gewerbepräsentationen“** aufgenommen worden. Dafür seien 50 EUR pro Quadratmeter bis 18 Quadratmeter vorgesehen, größere Flächen sollten nach Vereinbarung abgerechnet werden. Für Laufpromotion werde ein pauschales Entgelt von 200 EUR pro Person vorgeschlagen.

Unter **„4. Sonstiges“** seien **redaktionelle Änderungen** erfolgt. Der Begriff „gewerbliche Anbieter“ sei durch **„Anbieter“** ersetzt worden. Der Begriff „Teilnehmer, die nicht mit Gewinnerzielungsabsicht ...“ sei durch **„öffentlich-rechtliche Verwaltungsträger“** präzisiert worden.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, fragt nach, ob die kostenfreie Teilnahme auf gemeinnützige Vereine beschränkt werden solle. Weiterhin möchte er wissen, was unter „nicht wirtschaftlichem Bereich“ zu verstehen sei und ob Vereinen der Verkauf von Fanartikeln oder Andenken ermöglicht werden könne, ohne sie wie Händler zu behandeln.

Herr Sorger empfiehlt, allgemein von Vereinen zu sprechen und die weiter gefasste Regelung beizubehalten. Wegen der privatrechtlichen Verträge solle über den Verkauf von Werbeartikeln im Einzelfall entschieden werden. Wo Konkurrenz zu gewerblichen Anbietern entstehe, müssten Vereine jedoch wie diese behandelt werden.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, fragt nach, ob bei dem Punkt „Imbiss und Ausschank“ (Fläche von 18 Quadratmetern) auch Bierbänke und Tische enthalten seien oder diese als Sonderfläche zusätzlich gebucht werden müssten.

Herr Sorger antwortet, dass sich die Regelung auf die gewerbliche Einrichtung selbst beziehen würde, also Bierwagen oder Stehausschank. Bänke und ähnliche Zusatzeinrichtungen seien gesondert zu betrachten; Sonderflächen müssten gesondert geklärt werden.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, fragt zu den angegebenen Stromkosten unter Ziffer 3 nach. Hier wird aufgeführt, dass für 3 kW = 40 EUR und für 16 Ampere = 50 EUR vorgesehen seien. Dies würde aus seiner Sicht technisch nicht ohne Weiteres zusammenpassen.

Stadtrat Tim Schuster, AfD-Fraktion, erläutert, dass die angegebenen 3 kW die so genannten Steckdosenstromkreise betreffen würden. 16 Ampere seien dagegen Kraftstromkreise. Höhere Anschlüsse würden separat berechnet.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Entgelte zum „Tag der Sachsen“ 2027 (Anlage 1 der Beschlussvorlage).

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen; 1 Nein-Stimmen; 12 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-13

2.12 1. Änderung Bebauungsplan Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ - Abwägungsbeschluss BSV-315/2026

Stadträtin Cornelia Erhardt, AfD-Fraktion, erklärt ihre Befangenheit zu diesem Tagesordnungspunkt und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Oberbürgermeister Zenner weist auf einen Schreibfehler im Beschlussvorschlag hin.

Unter Punkt 1 C muss es richtig heißen: Öffentlichkeit 3 Lfd. Nr. ~~Ö2-04~~ **Ö3.01**

Herr Martin Rink, Sachbearbeiter Bauleitplanung, erläutert den Inhalt der Vorlage anhand einer Präsentation. Er teilt unter anderem mit, dass der Abwägungsbeschluss zur ersten Änderung des Bebauungsplans „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“ einen zentralen Verfahrensschritt im Bauleitplanverfahren darstelle. Mit der Beschlussfassung werde Baurecht geschaffen, wodurch die Bauarbeiten beginnen könnten. Der Stadtrat der Stadt Plauen habe bereits am 03.02.2026 den Billigungs- und Auslegungsbeschluss beschlossen.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, fragt nach dem aktuellen Stand der Entwicklungen bezüglich der Bau- und Betriebskostenmodelle, die im Zusammenhang mit dem Anbau des Stadtbades stehen. Er betont die Relevanz dieser Informationen für seine Entscheidungsfindung.

Stadtrat Hermann bittet um Klärung, ob die Baukosten weiterhin förderfähig im Rahmen des Modellkommunen-Programms seien. Zudem möchte er wissen, ob die bisherigen Annahmen zu den Betriebskosten, insbesondere die Erwartung, dass die Einnahmen die steigenden Ausgaben übersteigen würden, weiterhin Bestand haben.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass er eine interne Abstimmung mit Bürgermeisterin Wolf, Kämmerin Frau Hein, Bürgermeister Kämpf und Herrn Adler durchgeführt habe. Man sei einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, dass der Anbau des Stadtbades realisierbar wäre.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass in diesem Jahr Aufträge im Umfang von ca. 10 Mio. EUR vergeben werden könnten, während die restlichen ca. 6,5 Mio. EUR im nächsten Jahr eingeplant seien. Er hebt hervor, dass die aktuelle wirtschaftliche Lage, insbesondere die geringe Auslastung im Tiefbau, eine günstige Gelegenheit für städtische Investitionen bieten würde. Gleichzeitig sei jedoch die zukünftige Entwicklung, etwa durch geopolitische Ereignisse, schwer vorhersehbar.

Oberbürgermeister Zenner führt weiter aus, dass bisher Planungskosten in Höhe von 700.000 EUR bis 1,1 Mio. EUR angefallen seien. Durch den geplanten Anbau könne die Sanierung der derzeitigen Startbrücke entfallen, was Einsparungen von ca. 400.000 EUR bis 500.000 EUR ermöglichen würde. Er betont, dass es aus Sicht der Verwaltung nicht sinnvoll sei, die bereits bewilligten Fördermittel in Höhe von 14 Mio. EUR zurückzugeben, da diese nicht anderweitig verwendet werden könnten. Zudem würde der Verzicht auf den Anbau zu einer Überlastung des bestehenden Stadtbades führen, was möglicherweise Schließzeiten oder Einschränkungen für Vereine nach sich ziehen könnte.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass im Kultur- und Sportausschuss am 21.05.2026 ein Betreiberkonzept für das Stadtbad Plauen vorgestellt werden soll. Ziel sei es, eine Strategie zu entwickeln, die sowohl die Bedürfnisse der Vereine als auch der Bürgerschaft berücksichtige. Er führt aus, dass durch den Anbau zusätzliche Einnahmen generiert werden könnten, etwa durch die Vermarktung von Bahnen zu Vollkostenpreisen oder durch die Ausweitung von Angeboten wie Reha-Kursen. Zudem könnten Anfragen von Vereinen aus ganz Deutschland, die bisher abgelehnt werden mussten, zukünftig bedient werden.

Bürgermeister Kämpf hebt hervor, dass der Standort durch die neue Infrastruktur an Attraktivität gewinne, was auch positive Effekte auf die Auslastung der Jugendherberge und anderer Unterkünfte in der Region haben könnte. Er betont, dass die zusätzlichen Betriebskosten durch die Mehreinnahmen gedeckt werden könnten.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, äußert sich zustimmend zum geplanten Anbau und betont die Notwendigkeit einer größeren Wasserfläche angesichts der hohen Besucherzahlen, die weit über der ursprünglichen Kapazität des Bades liegen. Er verweist darauf, dass der Ausbaustandard bereits angepasst worden sei, um die Kosten im Rahmen von 14 Mio. EUR zu halten.

Stadtrat Blechschmidt unterstreicht, dass die derzeitige Fördermöglichkeit eine einmalige Chance darstelle und dass die zusätzlichen Betriebskosten durch die geplanten Mehreinnahmen realistisch gedeckt werden könnten. Er spricht sich dafür aus, das Baurecht zu schaffen, um das Projekt voranzutreiben.

Beschluss:

I. a Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit, deren Anregungen/Forderungen berücksichtigt und in die Planunterlagen eingearbeitet wurden. Dies sind im Einzelnen:

Planungsverband Region Chemnitz:	Lfd. Nr. 2.03 bis Lfd. Nr. 2.07
Landratsamt Vogtlandkreis:	Lfd. Nr. 3.02 bis Lfd. Nr. 3.10
	Lfd. Nr. 3.14, Lfd. Nr. 3.17
	Lfd. Nr. 3.18, Lfd. Nr. 3.20
Landesamt für Archäologie Sachsen:	Lfd. Nr. 7.02
Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie:	Lfd. Nr. 8.03
Sächsisches Oberbergamt:	Lfd. Nr. 9.02
Verteilnetz Plauen GmbH:	Lfd. Nr. 14.01 bis Lfd. Nr. 14.04
	Lfd. Nr. 14.06
Stadtwerke – Erdgas Plauen GmbH:	Lfd. Nr. 16.01
Zweckverband Wasser und Abwasser Vogtland:	Lfd. Nr. 17.01 bis Lfd. Nr. 17.02
Deutsche Telekom Technik GmbH:	Lfd. Nr. 22.01

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-14

I. b Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit, deren Anregungen/Forderungen teilweise berücksichtigt und in die Planunterlagen eingearbeitet wurden. Dies sind im Einzelnen:

Landratsamt Vogtlandkreis:	Lfd. Nr. 3.11
Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie:	Lfd. Nr. 8.02

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-15

I. c Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gemäß der Anlage 1 von der Verwaltung vorgeschlagenen Ergebnisse der Abwägung, bezüglich der Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit, die zur Kenntnis genommen wurden und für die kein Abwägungserfordernis besteht. Dies sind im Einzelnen:

Planungsverband Region Chemnitz:	Lfd. Nr. 2.01 bis Lfd. Nr. 2.02
Landratsamt Vogtlandkreis:	Lfd. Nr. 3.01, Lfd. Nr. 3.12, Lfd. Nr. 3.13, Lfd. Nr. 3.15, Lfd. Nr. 3.16, Lfd. Nr. 3.19
Landesamt für Archäologie Sachsen:	Lfd. Nr. 7.01
Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie:	Lfd. Nr. 8.01
Sächsisches Oberbergamt:	Lfd. Nr. 9.01
Kreishandwerkerschaft Vogtland:	Lfd. Nr. 12.01
Verteilnetz Plauen GmbH:	Lfd. Nr. 14.05
Deutsche Telekom Technik GmbH:	Lfd. Nr. 22.02
Öffentlichkeit 1	Lfd. Nr. Ö1.01
Öffentlichkeit 2	Lfd. Nr. Ö2.01
Öffentlichkeit 3	Lfd. Nr. Ö3.01

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-16

II. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die gesamte Abwägung für die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 043 „Erweiterung Stadtbad Plauen und Ausbau Turnstraße“, entsprechend der Abwägungstabelle (Anlage 1).

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-17

2.13 Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen für Deckensanierungen Straßen BSV-288/2026

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen i. H. v. 174.192,51 EUR für Deckensanierungen der Straßen der Stadt Plauen (19E-000127).

Abstimmungsergebnis: 37 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-18

2.14 Antrag der CDU-Fraktion - Harmonisierung der Grünpflege in den Ortsteilen Reg.-Nr. 110-26 - Stellungnahme der Verwaltung

Auf Wunsch von Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion und Ortsvorsteher des Ortsteiles Jößnitz, werden die Tagesordnungspunkte 2.14 und 2.15 gemeinsam behandelt (siehe TOP 1.2).

Stadtrat Michael Petzold, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert, dass der Antrag von seiner Fraktion eingebracht wurde, nachdem einige Ortsteile an sie herangetreten seien. Er hebt hervor, dass die Anliegen der Ortsteile in den Antrag eingeflossen seien, ohne jedoch an dieser Stelle auf konkrete Inhalte oder Forderungen einzugehen.

Stadtrat Petzold erläutert, dass es wichtig sei, bei der Grünpflege klare Zuständigkeiten zu definieren und einheitliche Pflegestandards einzuführen. Zudem solle eine verbesserte Koordination durch die Erstellung von Jahresplänen erreicht werden, was insbesondere von den Ortsteilen gewünscht worden sei. Er betont, dass der eingebrachte Antrag diesen Anliegen Rechnung trage und auf bereits im Vorjahr von Herrn Marcel Übel geäußerte Anregungen aufbaue, die auf Veränderungen in diesem Bereich abzielten.

Herr Marcel Uebel, Leiter Fachgebiet Stadtwirtschaft, führt aus, dass die beiden Anträge seine bisherigen Bemühungen unterstützen, die Grünpflege wirtschaftlicher und harmonisierter zu gestalten. Er führt aus, dass bereits Maßnahmen ergriffen wurden, um die Pflege von Flächen, die bisher von unterschiedlichen Firmen betreut worden seien, zu vereinheitlichen. Bestehende Verträge würden sukzessive auslaufen und anschließend in die neue Struktur integriert.

Zudem wurden Jahrespläne und sogenannte Pflegekarten erstellt, um die Pflegearbeiten zu koordinieren.

Herr Uebel spricht sich für eine enge Abstimmung mit den Ortschaftsräten aus, um die Kommunikation und Umsetzung der Maßnahmen weiter zu verbessern. Er verweist auf bereits erzielte Fortschritte, wie die Pflege von Blumenkübeln, und zeigt sich zuversichtlich, dass die Zusammenarbeit weiterhin erfolgreich verlaufen werde.

Da die Anträge unter TOP 2.14 und TOP 2.15 vom Wortlaut her identisch sind, wurde über beide Anträge gemeinsam abgestimmt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, die Grünpflege in sämtlichen Ortsteilen zu harmonisieren. Dies betrifft insbesondere die Abstimmung und Vereinheitlichung der Grünschnitttermine, die regelmäßige Reinigung der Straßenabläufe/Kanalschächte, Baum- und Strauchschnitte, Bachbettreinigungen sowie weitere erforderliche Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen. Zur Umsetzung sind alle relevanten Beteiligten einzubinden, insbesondere Eigenbetriebe, beauftragte Firmen sowie das zuständige städtische Personal. Darüber hinaus sind verbindliche Jahrespläne mit klaren Terminierungen zu erstellen und an die Ortschaftsräte auszuhändigen, um sicherzustellen, dass festgelegte Mindeststandards in allen Bereichen und Ortsteilen eingehalten werden (z.B. erster Grünschnitt bis Ende Mai). Ziel der Maßnahme ist eine gleichwertige Pflegequalität sowie eine transparente und planbare Durchführung der Grünpflege in den Ortsteilen mit festen Ansprechpartnern.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 19/26-19

2.15 Antrag OV Jößnitz Herr Kellner - Harmonisierung der Grünpflege in den Ortsteilen
Reg.-Nr. 115-26 - Stellungnahme der Verwaltung

siehe TOP 2.14

2.16 Antrag OV Jößnitz Herr Kellner -Sanierung Feuerwehrgerätehaus Steinsdorf
Reg.-Nr. 64-25 - Stellungnahme der Verwaltung

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung der Änderungsantrag, **Reg. Nr. 126-26** ausgereicht.

Stadtrat Christian Kellner, CDU-Fraktion, erläutert in seiner Funktion als Ortsvorsteher des Ortsteiles Jößnitz den Änderungsantrag.

Mit dem Änderungsantrag solle zunächst im III. Quartal 2026 Denkmalschutzförderung für förderfähige Teile des Feuerwehrgerätehauses Steinsdorf beantragt werden. Dies betreffe das Dach mit veranschlagten 20.000 EUR. Für weitere Sanierungsmaßnahmen solle die Verwaltung zunächst Förder- und Finanzierungsquellen prüfen. Ziel sei, die bauliche Substanz zu sichern, damit die Löschgruppe Steinsdorf das Gerätehaus weiter nutzen könne.

Herr Harald Haupt, Leiter Fachbereich Städtische Bauaufgaben, Bewirtschaftung, informiert, dass dieses historische Feuerwehrgerätehaus insgesamt unter Denkmalschutz stünde. Ein Holzschutzgutachten habe ergeben, dass neben dem Dach auch Fachwerkwände, Lagerhölzer, Ausmauerung und Fußboden betroffen seien. Die Verwaltung empfehle daher, das gesamte Objekt zur Förderung im Denkmalschutz anzumelden. Gefördert werde allerdings nur der denkmalschutzpflegerische Mehraufwand. Eine feste Förderquote könne nicht genannt werden; insgesamt sei mit etwa 60 bis 70 Prozent zu rechnen.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, teilt mit, dass die ursprüngliche Antragstellung im Finanzausschuss kritisch gesehen wurde, weil Eigenmittel, Förderquote und zeitliche Dringlichkeit unklar seien und eine Einzelmaßnahme nicht bevorzugt werden sollte, solange nicht feststehe, welche anderen Maßnahmen hierfür gegebenenfalls bei der anstehenden Haushaltsplanung zurückgestellt werden müssten.

Er fragt nach, ob Handlungsbedarf bereits im III. Quartal 2026 zwingend erforderlich sei, und verweist auch auf offene Fragen zur Vereinbarkeit von Spenden mit einer Förderung. Aus den genannten Gründen könne er dem Antrag derzeit nicht zustimmen.

Herr Haupt teilt mit, dass zunächst geprüft werden soll, ob das Dach mit eigenen Mitteln und unter Einsatz des Bauhofes repariert werden könne, um weitere Schäden zu verhindern. Danach soll im III. Quartal 20126 ein Fördermittelantrag für die gesamte Immobilie gestellt werden. Die verbleibende Differenzsumme müsse dann in den Haushalt der Stadt Plauen eingestellt werden.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass der Änderungsantrag unter diesen Voraussetzungen nicht unmittelbar abgestimmt werden könne. Zunächst müsse geprüft werden, ob eine Instandsetzung des Daches mit Eigenmitteln möglich sei. Anschließend könne das gesamte Objekt unter Finanzierungsvorbehalt im Denkmalschutz angemeldet werden. Erst danach könne über die Darstellung der Eigenmittel im Haushalt entschieden werden. Unabhängig davon seien weitere Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

Stadtrat Kellner könne dieser Vorgehensweise zustimmen, sofern kurzfristig geprüft werde, wie das Dach mit eigenen Mitteln und durch den Bauhof saniert werden könne. Danach solle im dritten Quartal ein Gesamtantrag im Denkmalschutz gestellt werden, damit dem Stadtrat der Stadt Plauen konkrete Zahlen vorgelegt werden könnten.

Oberbürgermeister Zenner stellt fest, dass die Verwaltung sich des Antrages annimmt.

Auftrag an die Verwaltung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für das im Eigentum der Stadt Plauen befindliche Feuerwehrgerätehaus in Steinsdorf die notwendigen Schritte zur Sicherung und Erhaltung des Gebäudes einzuleiten.

Für die denkmalpflegerisch relevanten und förderfähigen Maßnahmen, insbesondere die Sanierung des Daches, sind durch die Stadtverwaltung entsprechende Denkmalschutzfördermittel zu prüfen und im III. Quartal 2026 zu beantragen. Grundlage bildet hierbei die durch die Stadtverwaltung benannte Kostenschätzung für die Dachsanierung in Höhe von ca. 20.000 EUR.

Für die darüber hinaus erforderlichen weiteren Maßnahmen am Gebäude, die nach derzeitiger Einschätzung mit ca. 40.000 EUR beziffert werden, erhält die Stadtverwaltung den Arbeitsauftrag, geeignete weitere Fördermöglichkeiten, Zuschussprogramme und Finanzierungsquellen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

2.17 Antrag (Änderungsantrag zu Reg.-Nr. 104-26) der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken!

Reg.-Nr. 118-26 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, erläutert den Inhalt des Antrages.

Er teilt mit, dass dem Antrag Gespräche mit Trägern von Einrichtungen vorausgegangen seien.

Der Antrag sei nicht als Kritik an der Verwaltung zu verstehen; vielmehr gehe es darum, zusätzliche und bessere Strukturen zu schaffen sowie eine Schnittstelle zwischen der Verwaltung und der Zielgruppe zu schaffen.

Nach der ersten Beratung im Bildungs- und Sozialausschuss sei der Antrag modifiziert worden, um dort geäußerte Kritikpunkte aufzunehmen. Die Zusammenlegung der beantragten Stelle mit der Stelle der Familienhebamme würde dem Wunsch entsprechen, eine Ausfallsicherheit für die Familienhebamme herzustellen.

Herr Eric Hoffmann, Leiter Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, trägt die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag vor. Er teilt unter anderem mit, dass keine gesetzliche Verpflichtung für Kommunen bestünde, einen Kinder- und Jugendbeauftragten zu bestellen.

Die im Änderungsantrag beschriebenen Aufgaben würden aus Sicht der Stadtverwaltung Plauen bereits erfüllt, insbesondere durch den Bürgermeister des Geschäftsbereiches I, den Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen und Sport sowie den Koordinator des Kommunalen Präventionsrates.

Weiter führt Herr Hoffmann aus, dass es sich bei den Leistungen der Familienhebamme um eine freiwillige Leistung der Stadt Plauen handelt, die eine besonders enge Betreuung von Familien umfasse.

In Abstimmung mit dem Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung sehe die Verwaltung keine Möglichkeit, eine Vertretungsstelle in vollem Umfang zu finanzieren. Eine Vertretung in dem vorgeschlagenen Teilzeitumfang sei nur schwer leistbar und im aktuellen Stellenplan nicht abbildbar.

In der im Änderungsantrag vorgesehenen Aufgabe, Vorlagen des Stadtrates und der Ausschüsse kinder- und jugendgerecht aufzubereiten und über verschiedene Medien zu vermitteln, sieht die Verwaltung vorrangig eine Vermischung mit politischer Arbeit.

Eine offene und verständliche Kommunikation, insbesondere gegenüber Kindern und Jugendlichen, würde nach Auffassung der Verwaltung bereits wahrgenommen.

Herr Hoffmann fasst zusammen, dass die Verwaltung keine Notwendigkeit sehe, eine neue Stelle zu schaffen, da die genannten Aufgaben bereits wahrgenommen würden. Verbesserungen seien zwar möglich und gewollt. Für den Antrag könne die Verwaltung jedoch keine Zustimmung empfehlen.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass sich die Stadt Plauen für eine stadtteil- und projektbezogene Kinder- und Jugendbeteiligung entschieden habe, die nach seiner Einschätzung gut funktioniere und von den Kindern und Jugendlichen selbst ausgehe.

Oberbürgermeister Zenner habe bei seinen Gesprächen mit Kindern und Jugendlichen nicht den Eindruck gewonnen, dass Kinder sich für tiefgehende Bebauungspläne interessierten. Vielmehr wollten sie praktische politische Arbeit erleben und grundlegendes Wissen darüber erhalten, was die Stadt Plauen tue und wie Entscheidungen umgesetzt und finanziert würden.

Seitens der Verwaltung könne nicht empfohlen werden, weitere Stellen beziehungsweise zusätzlichen Personalbedarf zu schaffen. Die Stadt Plauen verfüge nicht über die erforderlichen Mittel und ringe um einen genehmigungsfähigen Haushalt.

Zugleich betont Oberbürgermeister Zenner, dass auch Kinder, Erzieherinnen und andere Beteiligte Eigeninitiative zeigen müssten. Der Fall der Astrid-Lindgren-Schule sei hierfür ein Beispiel.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion Die Linke/Grüne, führt aus, dass ihre Fraktion bereits 2017 beantragt hätte, eine Stelle für einen Kinder- und Jugendbeauftragten zu schaffen. Dies sei damals aus finanziellen Gründen und wegen vermeintlich fehlender Notwendigkeit abgelehnt worden. Den vorliegenden Antrag der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht könne sie grundsätzlich unterstützen. Bedenken bestünden jedoch gegen die Verknüpfung mit der Stelle der Familienhebamme, da dies organisatorisch schwer zu koordinieren sei.

Stadträtin Rank schlägt vor zu prüfen, ob eine andere organisatorische Anbindung möglich sei. Ihrer Meinung nach wäre es sinnvoll, wenn es in der Stadt Plauen erneut einen Ansprechpartner für Kinder- und Jugendbeteiligung gäbe, da trotz zahlreicher Aktivitäten noch Entwicklungspotenzial bestünde. Stadträtin Rank merkt hierzu an, dass die Arbeitsgruppe Kinder- und Jugendbeteiligung zwei Jahre lang nicht getagt hätte. Der Antrag sollte nicht vorschnell abgelehnt, sondern weiterverfolgt werden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Initiative-Fraktion, informiert, dass auch seine Fraktion bereits einen ähnlichen Antrag zum Thema Familienhebamme gestellt habe. Im Austausch mit der Familienhebamme sei deutlich geworden, dass eine Unterstützung und Vertretung grundsätzlich begrüßenswert und wünschenswert sei. Eine solche Lösung habe in den bisherigen Haushaltsverhandlungen jedoch keine Mehrheit gefunden.

Problematisch sei aus seiner Sicht, dass der vorliegende Antrag mehrere Themen miteinander vermische. Im Ergebnis würde nach Meinung von Stadtrat Hermann damit eine Haushaltsentscheidung für den nächsten Doppelhaushalt vorgezogen, da die Stelle erst ab 2027 eingerichtet werden solle.

Stadtrat Hermann bittet daher den Antragsteller, den Antrag bis zu den Haushaltsberatungen zurückzustellen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Zugleich signalisiert er die Bereitschaft, die Diskussion fortzuführen und gegebenenfalls gemeinsam eine weitere Initiative zu erarbeiten, die im Zusammenhang mit der gesamten Haushaltsberatung entschieden werden solle.

Für Stadträtin Diana Zierold, Fraktion Die Linke/Grüne, sei die Kinder- und Jugendbeteiligung ein außerordentlich wichtiges Thema. Deshalb möchte sie das Anliegen des Antrags ausdrücklich unterstützen. Die Verknüpfung mit weiteren Themen sowie mit der Familienhebamme werde jedoch als schwierig angesehen, weshalb Stadträtin Zierold eine Verschiebung in die Haushaltsdebatte als sinnvoll erachtet.

Zwar sei der Austausch in Schulen wichtig, tatsächliche Beteiligung fehle jedoch nach Meinung von Stadträtin Zierold. Insbesondere bei Fragen der städtischen Gestaltung seien Kinder und Jugendliche nicht einbezogen worden, obwohl sie sehr gute Ideen gehabt hätten. Ein Kinder- und Jugendbeauftragter könne den Blick dafür schärfen, was echte Beteiligung bedeute.

Stadträtin Zierold bittet darum, die Intention des Antrags unabhängig vom Ausgang der aktuellen Beratung intensiver zu betrachten sowie die Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendbeteiligung stärker zu aktivieren.

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister Geschäftsbereich I, merkt an, dass die Stellungnahmen der Verwaltung offenbar nicht hinreichend berücksichtigt worden seien.

Darin würde dargestellt, an wie vielen Schulen die Stadtverwaltung Plauen vor Ort gewesen sei und in welcher Form Kinder und Jugendliche bereits aktiv in politische Prozesse eingebunden würden. Die Kinder und Jugendlichen könnten Prozesse nicht nur begleiten, sondern auch mitgestalten.

Mitglieder des Stadtrates seien wiederholt eingeladen worden, an diesem Prozess teilzunehmen.

Im Rahmen der Konferenzen seien zahlreiche Anliegen aufgenommen und im Bildungs- und Sozialausschuss vorgetragen worden; daraus seien konkrete Umsetzungsschritte und Ergebnisse entstanden.

Pauschale Forderungen nach mehr Beteiligung seien aus Sicht von Bürgermeister Kämpf nur zielführend, wenn konkret benannt werde, was ergänzt oder erweitert werden solle und was Kinder und Jugendliche selbst tatsächlich wollten.

Im monatlichen Austausch mit Schülervetretern sei auch die Frage nach einem Jugendparlament gestellt worden; dies sei jedoch nicht der Wunsch der Jugendlichen gewesen. Stattdessen hätten die Jugendlichen konkrete Projekte bevorzugt, etwa ein gemeinsames Basketballturnier. Solche praktischen Vorhaben ermöglichten Mitwirkung, könnten im Bildungs- und Sozialausschuss vorgestellt und anschließend gemeinsam umgesetzt werden.

Zur Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendbeteiligung führt Bürgermeister Kämpf aus, dass diese nunmehr wieder stattfinden soll. Ferner erklärt er, dass ihm kein freier Träger bekannt sei, der sich derzeit nicht ausreichend mitgenommen fühle.

Vielmehr nehme Bürgermeister Kämpf hohe Anerkennung gegenüber der Stadtverwaltung Plauen wahr.

Falls einzelne Vereine sich nicht ausreichend eingebunden fühlten oder weitere Ideen hätten, bitte Bürgermeister Kämpf um Mitteilung; entsprechende Vorschläge seien willkommen.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass bei den Stadtteilbegehungen stets auch ein Teil vorgesehen sei, der sich mit Kindern und Jugendlichen befasse. Es könnten dort Ideen eingereicht und in die bauliche Entwicklung einbezogen werden.

Beispielhaft verweist Oberbürgermeister Zenner hier auf den Dillnerplatz.

Die Stadt Plauen sei darauf bedacht, Kinder und Jugendliche in Entscheidungen mit einzubeziehen; Voraussetzung sei jedoch, dass dies von der Zielgruppe auch gewollt sei.

Im Hinblick auf frühere Erfahrungen mit dem Jugendparlament erklärt Oberbürgermeister Zenner, dass dessen Arbeit am Ende im Wesentlichen ein Erwachsener übernommen habe. Dies könne nicht als Kinder- und Jugendbeteiligung gelten.

Die Stadtverwaltung Plauen bemühe sich um weitere Verbesserungen, könne jedoch nicht empfehlen, zusätzliche Personalkosten zu verursachen.

Stadtrat Maik Schwarz, Vorsitzender der Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, stellt fest, dass der Antrag seiner Fraktion auf jeden Fall bewirkt habe, dass über das Thema gesprochen wird. Es sei wichtig, Jugendbeteiligung immer wieder ins Gedächtnis zu rufen.

Unbestritten sei, dass die Stadt Plauen bereits viel leiste; gleichwohl bestehe das Gefühl, dass dies möglicherweise noch nicht ausreiche.

Stadtrat Schwarz zieht den Änderungsantrag, Reg. Nr. 118-26 für die heutige Sitzung zurück und ruft dazu auf, das Thema im Rahmen der Haushaltsdebatte erneut zu behandeln und konkrete Defizite zu benennen.

Nur so könnten gezielt Verbesserungen vorgenommen und gegebenenfalls notwendige Mittel in den Haushalt eingestellt werden. Entscheidend sei, dass das Thema nicht in Vergessenheit gerate.

3 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, berichtet, dass verschiedene Bürger Beschwerden hinsichtlich der seit Juli 2025 laufenden Straßenbaumaßnahme an der Neuendorfer Straße zwischen Gneisenaustraße und dem Ortseingang Neuendorf an ihn herangetragen hätten.

Er beschreibt, dass im Rahmen der Baumaßnahme Bordsteine gesetzt würden, die nach Aussagen der Anwohner als sehr hoch empfunden würden. Zudem gäbe es auf der linken Straßenseite bebaute Grundstücke mit Carports und Garagen, die eine Zufahrt erfordern.

Die Anwohner hätten berichtet, dass die Zufahrten nur in weiten Abständen vorhanden seien, was dazu führe, dass Fahrzeuge, insbesondere Transporter, Schwierigkeiten beim Wenden hätten.

Dies sei problematisch, da das Wenden auf einer Art Radweg oder einer ausgebauten Zweitstraße erfolgen müsse, was aufgrund des Wendekreises der Fahrzeuge erschwert werde.

Stadtrat Gerbeth fragt folgendes nach:

Wurden die Anwohner vor Beginn der Bauarbeiten im Jahr 2024 über die Planung informiert und einbezogen?

Gab es Einwände gegen die Baumaßnahmen?

Wäre es nicht möglich gewesen, niedrigere Bordsteine zu setzen, die eine ähnliche Zufahrt wie bisher

zu den Grundstücken ermöglicht hätten?

Wurde bei der Planung und Umsetzung des Bauvorhabens die Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06), beachtet und angewendet?

Herr Steffen Ullmann, Leiter Fachgebiet Tiefbau, erläutert die Situation in der Neuendorfer Straße, die stadtauswärts links zahlreiche Grundstücke mit Zufahrten aufweist. Er beschreibt, dass die ersten 150 Meter der Straße direkte Zufahrten haben, während anschließend ein Weg parallel zur Straße verläuft.

Dieser Weg sei über drei Meter breit und für Fahrzeuge, einschließlich der Müllabfuhr, befahrbar.

Herr Ullmann erklärt, dass ein Großteil der privaten Grundstücke auf städtischem Grund liegen und die Eigentümer daher angesprochen wurden, ob sie die Flächen erwerben möchten.

Die meisten Eigentümer hätten sich gütlich mit der Stadt Plauen geeinigt.

Herr Ullmann betont, dass bei den Zufahrten abgesenkte Bordsteine mit einer Höhe von 3 cm eingebaut wurden, um eine Wasserführung zu gewährleisten und das Eindringen von Straßenwasser in die Garagen zu verhindern. Bei einem Anwohner sei eine Anpassung vorgenommen worden, um die Zufahrt zu verbreitern, da diese ursprünglich zu schmal für die Breite seiner Garage und seines Carports gewesen sei.

Herr Ullmann teilt mit, dass alle Anfragen positiv beschieden worden seien und die geltenden Vorschriften, insbesondere die RASO 06, eingehalten wurden.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion Freie Bürgerliste, erkundigt sich nach einem Gebäude im Stadtteil Haselbrunn, welches sich in der Hans-Sachs-Straße in der Nähe des Markuskirchplatzes befindet. Die Hausnummer sei ihm nicht bekannt.

In der Vergangenheit sei in diesem Gebäude ein Bildungsinstitut untergebracht gewesen.

In den letzten Wochen und Monaten seien dort Sanierungs- oder Bauarbeiten durchgeführt worden.

Stadtrat Gerbeth fragt, ob der Stadtverwaltung Plauen bekannt sei, wer der Eigentümer des Gebäudes ist und welchen Hintergrund die Bauarbeiten haben.

Zudem verweist er auf ein Gerücht, wonach in dem Gebäude eine Unterkunft für Asylbewerber geplant sei, und bittet um eine Stellungnahme der Stadtverwaltung zu diesem Thema.

Oberbürgermeister Zenner verweist auf frühere Gespräche mit dem Ausländerbeauftragten des Vogtlandkreises. Vor etwa einem halben Jahr wurde versichert, dass in Plauen keine neue Unterkunft für Asylbewerber geplant sei. Dies sei auch mit dem Landrat des Vogtlandkreises abgestimmt worden.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass es keinen Sinn ergebe, eine neue Unterkunft zu eröffnen, während eine andere geschlossen werde.

Oberbürgermeister Zenner möchte dennoch zu dieser Angelegenheit mit dem Landratsamt Vogtlandkreis Rücksprache halten.

Oberbürgermeister Zenner bittet Stadtrat Gerbeth, die konkrete Anschrift des Gebäudes nachzureichen, um weitere Informationen über den Eigentümer einholen zu können.

Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, fragt nach, wann die Büchertelefonzelle in der Bahnhofstraße entfernt wurde, aus welchen Gründen dies geschehen sei und ob die Telefonzelle möglicherweise an einem anderen Standort wieder aufgestellt wurde.

Herr Marcel Uebel, Leiter Fachgebiet Stadtwirtschaft, erläutert, dass die Büchertelefonzelle auf Initiative der Eigentümerin entfernt worden sei. Die Eigentümerin habe die Betreuung der Büchertelefonzelle aufgegeben. Trotz intensiver Bemühungen sei es nicht gelungen, einen Nachnutzer zu finden.

Daher habe die Eigentümerin den städtischen Bauhof gebeten, die Telefonzelle abzubauen und zu entfernen.

Herr Uebel fügt hinzu, dass bereits eine Pressemitteilung zu diesem Thema veröffentlicht wurde.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, verweist auf einen Zeitungsartikel bezüglich eines defekten Feuerwehrfahrzeuges, welches die Stadt Plauen erworben hätte.

Sie bittet um eine Klarstellung des Sachverhalts.

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass die Stadt Plauen ein neues Drehleiterfahrzeug bestellt habe. Er führt aus, dass bei der ersten Inbetriebnahme des Fahrzeugs ein leichter Unfall gemeldet worden sei, das Fahrzeug jedoch von der Dekra Automobil GmbH als einwandfrei deklariert worden wäre. Nach der Überführung des Fahrzeugs habe die Stadt Plauen eine erneute Prüfung veranlasst, um mögliche Gewährleistungsansprüche geltend machen zu können. Dabei sei festgestellt worden, dass ein nicht unerheblicher Schaden am Fahrzeug vorliege.

Oberbürgermeister Zenner betont, dass die Stadt Plauen keine beschädigten Fahrzeuge kaufe, sondern sich auf die Mitteilung der Dekra Automobil GmbH verlassen habe. Dennoch haben Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Plauen den Verdacht geäußert, dass der Rahmen des Fahrzeugs verzogen sei, weshalb ein Sachverständiger hinzugezogen wurde. Der Sachverständige habe bestätigt, dass das Fahrzeug nicht in einwandfreiem Zustand ausgeliefert worden sei. Oberbürgermeister Zenner hebt hervor, dass die Stadt nun Regressmaßnahmen einfordere.

Stadtrat Michael Petzold, Vorsitzender der CDU-Fraktion, thematisiert die Problematik der Ordnung und Sauberkeit in der Stadt Plauen und führt aus, dass er von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern auf dieses Thema angesprochen worden sei.

Stadtrat Petzold fragt nach, welche Kosten der Stadt Plauen und damit den Steuerzahlern durch die Entsorgung dieser illegal abgelagerten Gegenstände entstehen. Dabei verweist er nicht nur auf die Containerstandplätze, sondern auch auf Hauseingänge und andere Orte, welche von „Personen mit einem alternativen Ordnungsverständnis“ zur Ablage von illegalem Müll genutzt würden.

Stadtrat Petzold möchte wissen, ob solche Verstöße durch den Gemeindlichen Vollzugsdienst (GvD) und die Politessen gemeldet würden. In diesem Zusammenhang bringt er die Idee ein, projektartig Container an bestimmten Standorten aufzustellen, um zu beobachten, ob dies eine mögliche Lösung darstellen könnte. Er räumt jedoch ein, dass dies möglicherweise zu einer Vergrößerung des Müllaufkommens führen könnte.

Stadtrat Petzold fragt weiterhin nach, ob es Gespräche mit dem Vogtlandkreis gäbe oder solche angestrebt würden, da ein Teil der Unordnung an den Containerstandorten seiner Ansicht nach auf überfüllte Container zurückzuführen sei. Er regt an, die Abholintervalle der Container zu verkürzen, um die Problematik zu entschärfen.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, ist aufgefallen, dass im Oberen Foyer des Rathauses neue Kopien von Werken des Künstlers Manfred Pfeiler hängen würden. Er begrüßt diese Veränderung ausdrücklich und erkundigte sich, ob geplant sei, die ausgestellten Werke in einem regelmäßigen Rhythmus, beispielsweise halbjährlich oder jährlich, auszutauschen. Ziel sei es, das gesamte der Stadt Plauen übereignete Werk von Herrn Feiler der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass die Verkehrssituation an der Kreuzung Schumannstraße/Jößnitzer Straße stadteinwärts problematisch sei. Insbesondere beim Linksabbiegen von der Schumannstraße auf die Jößnitzer Straße sei die Sicht auf den von Reisig kommenden Verkehr stark eingeschränkt. Er erläutert, dass Autofahrer häufig ein Stück vorfahren müssten, um die Straße einsehen zu können, was jedoch zu gefährlichen Situationen führe, wenn plötzlich ein Fahrzeug auftauche.

Vor diesem Hintergrund regt Stadtrat Heydel an, die Installation eines Verkehrsspiegels an dieser Kreuzung zu prüfen, um die Übersichtlichkeit und Sicherheit zu verbessern.

Oberbürgermeister Zenner nimmt die Anregung zur Kenntnis und lässt diese prüfen.

Stadtrat Thomas Salzmann, CDU-Fraktion, teilt mit, dass er von mehreren Bürgern unabhängig voneinander auf einen stationären „Blitzer“ an der Pausaer Straße angesprochen wurde. Die Bürger seien am Mittwoch, 13.05.2026 zwischen 06:30 Uhr und 07:00 Uhr von dem „Blitzer“ erfasst worden, obwohl sie ihrer Meinung nach nicht zu schnell gefahren wären. Einige von ihnen seien in einer Kolonne unterwegs gewesen, bei der ein Traktor an der Spitze gefahren sei, was eine überhöhte Geschwindigkeit nahezu ausschließen würde. Zudem habe der Blitzer teilweise fünfmal hintereinander ausgelöst.

Stadtrat Salzmann fragt nach, ob der Verwaltung eine mögliche technische Störung des genannten „Blitzers“ bekannt sei.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass der Verwaltung hierzu keine Informationen vorlägen und kündigt an, die Angelegenheit prüfen zu lassen.

Stadtrat Georg Schatzberg, AfD-Fraktion, weist auf die Problematik der Sauberkeit in der Stadt Plauen hin und schildert seine Beobachtungen am vergangenen Freitag an der Gösselbrücke. Hinter dem „Audi Zentrum“ gäbe es einen Spielplatz sowie eine neu angelegte Steingraniterrasse mit Sitzbänken. Dort wäre Müll verstreut gewesen, obwohl sich ca. 5 Meter weiter ein Papierkorb befände.

Stadtrat Schatzberg regt an, entweder die Bürgerinnen und Bürger stärker dazu zu motivieren, den Papierkorb zu nutzen, oder alternativ den Papierkorb näher an die Sitzbänke zu platzieren.

Darüber hinaus merkt Stadtrat Schatzberg an, dass in der Stadt Plauen, insbesondere entlang der Bahnhofstraße, und auch im Hinblick auf den Tag der Sachsen, weitere Papierkörbe an vorhandenen Sitzgelegenheiten angebracht werden sollten.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass die Verwaltung die Anregung bezüglich der Papierkörbe schriftlich beantworten und das Thema weiterhin verfolgen wird.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, weist darauf hin, dass die diesjährige Jugendparty voraussichtlich auf den Thomas-Küttler-Platz verlegt werden müsse, da der Theaterplatz aufgrund von Bauarbeiten weiterhin nicht zur Verfügung stünde.

Stadträtin Liedtke habe versucht, den Thomas-Küttler-Platz über „Google Maps“ zu lokalisieren, jedoch festgestellt, dass dieser dort entweder nicht auffindbar sei oder an einer falschen Stelle angezeigt werde. Sie regt an, dies zu klären, um sicherzustellen, dass Besucherinnen und Besucher, die sich in Plauen nicht gut auskennen, den Veranstaltungsort problemlos finden können.

Oberbürgermeister Zenner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Steffi Liedtke erkundigt sich nach der Durchführung regelmäßiger Schulungen zur Sensibilisierung gegen Diskriminierung für das Personal im Einwohnermeldeamt. Sie berichtet von einem Vorfall im Rahmen eines Jugendprojekts mit dem Diesterweg-Gymnasium, bei dem eine junge Frau, die in Deutschland geboren ist, jedoch als Person of Color (POC) wahrgenommen wird, Schwierigkeiten bei der Beantragung eines neuen Passes im Einwohnermeldeamt gehabt hätte. Die betroffene Person sei darauf hingewiesen worden, dass der „Google Translator“ nicht verwendet werden dürfe.

Stadträtin Liedtke hebt hervor, dass ein solcher Umgang nicht dazu beitrage, junge Menschen in der Stadt willkommen zu heißen, und betont die Notwendigkeit eines sensibleren Umgangs mit derartigen Situationen. Sie weist darauf hin, dass nicht jede Person mit dunklerer Hautfarbe automatisch nicht deutscher Herkunft sei.

Oberbürgermeister Zenner nimmt die Anregung auf und erklärt, dass das Anliegen an die zuständige Stelle, weitergeleitet werde, um eine Sensibilisierung des Personals zu gewährleisten.

Er betont, dass die Hautfarbe keine Rolle spiele und jede Person respektvoll behandelt werde, sofern sie sich ebenfalls respektvoll verhalte.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht, greift das Thema auf und schlägt vor, die Anschaffung von Übersetzungsgeräten zu prüfen, die eine Alternative zum „Google Translator“ darstellen könnten. Er erläutert, dass solche Geräte, die etwa 600 EUR kosten, in der Lage seien, Dokumente und Sprache zu übersetzen, und dabei datenschutzrechtliche Probleme umgingen. Stadtrat Legath bittet darum, diese Möglichkeit zu evaluieren, insbesondere vor dem Hintergrund der geäußerten Kritik am Einwohnermeldeamt.

Stadtrat Lars Legath, Fraktion Bündnis Sahra Wagenknecht hebt hervor, dass er in der vergangenen Woche besonders erfreut über die Qualität des Einwohnermeldeamts und des Bürgerservices gewesen sei. Er berichtet, dass es ein Kommunikationsproblem zwischen einem Bürger und der Stadtverwaltung gegeben habe, welches zu einer schwierigen Situation für eine Braut nach ihrer Hochzeit geführt habe. Dank des schnellen und unkomplizierten Eingreifens des Bürgerservices habe die Angelegenheit jedoch erfolgreich gelöst werden können. Stadtrat Legath spricht seinen ausdrücklichen Dank für die hervorragende Arbeit des Bürgerservices aus.

Plauen,

Plauen,

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Mary Wachsmuth
Stadträtin

Plauen,

Plauen,

Peggy Glaß
Schriftführer

Daniel Beegen
Stadtrat

Hinweis: Das Protokoll, wurde mit Hilfe einer KI erstellt. Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei generiert wird. Das KI-basierte Tool nutzen wir in der aktuellen Pilotphase und dieses kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren. Die Überprüfung erfolgte durch den Sitzungsdienst. Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen. Danach wird diese umgehend gelöscht